



INFORMATIONEN & RECHERCHEN

Mai 2018

Autorin:

Christine Henry-Huthmacher

Koordinatorin für Familien-
und Frauenpolitik

Christine.henry-
huthmacher@kas.de

Gender – Einblicke in die aktuelle Geschlechterdebatte

1. Die neue Unübersichtlichkeit in der Geschlechterdebatte

Die Missbrauchsvorwürfe gegen den Filmproduzenten Harvey Weinstein im Herbst 2017 haben in vielen Ländern der westlichen Welt einen neuen Schub in der Debatte über das Verhältnis von Männern und Frauen ausgelöst. In dieser Debatte, die auch in Deutschland angekommen ist, geht es nicht nur um die Ahndung von Sexismus, sondern auch um ein neues Ausloten von Geschlechteridentitäten. Diese Neujustierung war auch Gegenstand des Beschlusses des Bundestages von Juli 2017, die Ehe für homosexuelle Paare einzuführen. In diesem Kontext ist auch der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 zu sehen, mit dem §22 Abs.3 Personenstandsgesetz für verfassungswidrig erklärt wird. Kritisiert wird, dass das Gesetz neben dem Eintrag „weiblich“ oder „männlich“ keine dritte Möglichkeit bietet, ein Geschlecht positiv eintragen zu lassen (vgl. BVerfG, -1 BvR 2019/16- Rn. (1- 69)).

Zentral für den Gesetzesbeschluss des Bundestages, ebenso wie für den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist die Erkenntnis, dass die Geschlechteridentität von mehreren Faktoren abhängig ist. Dabei spielen neben körperlichen Merkmalen auch soziale Einflüsse, das psychische Empfinden und die Biografie der Person eine Rolle. In der Debatte um die Neubestimmung von Geschlechteridentitäten geht es auch um die Grundsatzfrage, inwieweit der Mensch an die Vorgaben der Natur gebunden ist bzw. sich davon lösen kann. Das Angebot von 60 Geschlechtervarianten auf Facebook spiegelt diese Grundsatzfrage anschaulich wider.

Die Neuausrichtung der Geschlechteridentitäten verursacht nicht nur eine Unübersichtlichkeit in der Spannweite der Debatte, die von einer Sexismusdebatte über „Ehe für alle“ bis hin zu Fragen der Akzeptanz eines dritten Geschlechtes reicht. Vielmehr geht es auch um den Verlust bisher geltender Selbstverständlichkeiten, indem auch die „Normalität“ in der Geschlechterwelt neu verhandelt wird. Das löst in der Bevölkerung vielfach Irritationen, Verunsicherungen und Kritik aus. Denn alle Normen, Gewissheiten, Erkenntnisse und die bisher geltende „Normalität“ werden relativiert und durch Gesetze flankiert, die damit eine neue Faktenlage schaffen bzw. in naher Zukunft schaffen werden.

In dem Bestreben, Minderheiten gleichzustellen und Diskriminierungen zu verhindern, ist eine Debatte über Geschlecht und Identität entstanden, die aus den USA kommend nun auch Deutschland erreicht hat. Zugrunde liegt dieser Debatte die grundsätzliche Auseinandersetzung und Neubestimmung des Geschlechts, die maßgeblich durch die Genderforschung bestimmt wird.

2. Was bedeutet Gender?

Der Begriff: Gender wurde ab dem Jahr 1975 u.a. von dem Sexualwissenschaftler John Money und der Feministin Gayle Rubin in den Sozialwissenschaften etabliert. Die Gendertheorien unterscheiden analytisch zwischen dem sozialen Geschlecht (gender) und dem biologischen Geschlecht (sex). Männlichkeit und Weiblichkeit sind ihrer Ansicht nach nicht nur auf biologische Grunddispositionen zurückzuführen. Vielmehr geht die Gendertheorie von der Annahme aus, dass die Geschlechterdifferenz sozial gestaltet wird und sich je nach historischem und kulturellem Kontext verändert.

Die Geschlechteridentitäten werden in einem umfassenderen, sozialen Kontext verstanden, der sich nach ihrem Verständnis nicht in den biologischen Funktionen des Zeugens und Gebärens als geschlechterspezifische Fähigkeit erschöpft. Vielmehr geht die Gendertheorie davon aus, dass kollektive Erwartungen auf die individuelle Geschlechteridentität einwirken. Diese gesellschaftlichen Vorstellungen des „Mann“- und „Frau“-Seins seien Bestandteile der Erziehungs- und Bildungsprozesse und haben somit wieder Rückwirkungen auf das Selbstbild. Die Gendertheorie leugnet zwar nicht das biologische Geschlecht, allerdings ist ihrer Ansicht nach die biologische Geschlechterzugehörigkeit, der wir begegnen, immer auch schon eine gedeutete soziale Wirklichkeit.

3. Aufgabe und Ziel der Genderforschung

Mit Hilfe der empirischen Forschung untersucht die Genderforschung, warum bestimmte Gruppen von Menschen in der bestehenden Geschlechterordnung keinen Platz finden oder an den Rand gedrängt werden. Aufgabe und Ziel der Genderforschung ist es, die diskriminierenden und ausschließenden Wirkungen einer bestehenden Geschlechterordnung und der ihr zugrundeliegenden Überzeugungen aufzudecken.

Ausgangspunkt der Genderforschung ist die Annahme, dass eine gesellschaftliche Geschlechterordnung als „Platzanweiser“ für die Geschlechter in der Gesellschaft fungiert. Diese Ordnung wird in einem Ordnungsrahmen bestimmt, der die notwendige Sicherheit für alle bietet. Das richtige Verhältnis von Sicherheit und Freiheit zu finden, ist für die Geschlechterforschung eine politische Aufgabe. Die Gesellschaft solle in demokratischen Gesellschaften nach transparenten Regeln daran teilnehmen können (vgl. Heimbach-Steins, 2015, S. 7).

Allerdings habe auch eine Geschlechterordnung Grenzen. Diese Grenzen zu thematisieren, zu analysieren und nach deren Gründen zu forschen, ist ein

wesentliches Forschungsfeld der Genderforschung. Geschlechterordnungen können demnach auch Gruppen von Menschen ausschließen, die den normativen Ordnungsmustern nicht entsprechen können. Für Personen, die sich nicht eindeutig männlich/weiblich identifizieren können, ist aus Sicht der Genderforschung in einer Ordnung, die auf dem Modell normativer Zweigeschlechtlichkeit basiert, kein Raum. Viele der betroffenen Menschen fühlen sich deshalb in ihrem Körper fremd. Oft reagierten diese Menschen darauf, indem sie durch Operationen versuchten eine männliche oder weibliche Zuordnung herzustellen. Autonomie und Freiheit wurden dabei bisher nach Ansicht der Genderforschung unterdrückt. In diesem Sinn versteht sich Genderforschung als ein aufklärerisches und wissenschaftliches Unternehmen, das verkrustete Strukturen aufdeckt und Schwächeren eine Stimme gibt. Im Namen der sozialen Gender-Norm (Zweigeschlechtlichkeit) sollte die biologische Abweichung von der normativ gesetzten „Natur“ korrigiert werden.

Die Genderforschung folgert, dass eine normative Zweigeschlechtlichkeit verbunden mit einer normativen Heterosexualität, Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung an den Rand der Gesellschaft drängt. Marginalisierung, Kriminalisierung, Tabuisierung, Pathologisierung bis hin zur Ausschließung Homosexueller sind bis in die Gegenwart bekannte Reaktionen. Daher vertritt die Genderforschung die Ansicht, dass die Geschlechterordnungen „nicht zuletzt mit Schutz oder Verweigerung elementarer Menschenrechte“ zu tun haben (Heimbach-Steins, 2015, S. 9). Diese Vorgänge aufzudecken, sind Themen der Genderforschung.

4. Was erforscht die Genderforschung?

Die Genderforschung ist aus der Frauenbewegung der 1960 bis 1980er Jahre hervorgegangen. Hinter dieser Forschung verbirgt sich allerdings keine einheitliche Disziplin, sondern ein interdisziplinäres Forschungsfeld. Genderforschung umfasst mittlerweile Teilbereiche wie Geschlechterstudien oder Frauen- und Männerforschung ebenso wie unterschiedliche theoretische Ansätze und Sichtweisen. Der übergeordnete Ansatzpunkt der Gender-Studies ist die Frage nach dem Einfluss des Geschlechterkonzeptes in den Kulturwissenschaften, Literatur und Ästhetik, Philosophie, Geschichte, Psychologie, Medizin, Recht, Theologie und Life Sciences. Aber auch umgekehrt stellt sie die Frage nach dem Einfluss der genannten Disziplinen auf unsere Vorstellungen, was das weibliche und männliche Geschlecht und ihre Beziehung zueinander eigentlich ausmacht. Genderforschung umfasst zudem konkurrierende, zum Teil sehr hart miteinander streitende Schulen und Denkströmungen. Sowohl was die Theorie als auch was die Methodik betrifft, gibt es keinen einheitlichen Denkansatz.

Nach Simone de Beauvoirs berühmter These: „Wir werden nicht als Frauen geboren, sondern zu Frauen gemacht“, hat Judith Butler mit ihrem Buch „Gender Trouble“ in den 1990er Jahren (deutsch 1991) „Das Unbehagen der Geschlechter“ eine weltweite und nachhaltige politische Debatte um Sex und Gender ausgelöst. Sie unterscheidet zwischen sozialem und biologischem Geschlecht, wobei die Zuordnung und Verhältnisbestimmung von Sex und Gender Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung ist und nicht ihre Voraussetzung. Butler versucht, anhand von Kategorien und Normen, denen Geschlechter unterliegen und den damit verbundenen Herrschaftsverhältnissen herauszufinden, wie Frauen und Männer geprägt werden. Sie geht wie Simone de Beauvoir davon aus, dass Geschlechter nichts Vorgegebenes sind, sondern konstruiert werden und die damit verbundenen Ordnungsrahmen aufdeckbar sind. Butler fragt danach, welche Machtverteilung das Mann- und Frausein konstruiert und wie es zu dem stabilen Verhältnis von Mann und Frau kommt, das sie als „Zwangsheterogenität“ auffasst. Eine wesentliche Grundlage ihrer Arbeit sind ihre philosophischen Betrachtungen u.a. von Ein- und Ausschlussmechanismen. Dabei kommt der Sprache eine besondere Bedeutung zu, da sie eine soziale Ordnung organisiert. Der Feminismus darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht als der verlängerte Arm der Gender-Studies betrachtet werden. Gender-Studies verstehen sich als eine Wissenschaft, deren mögliches Forschungsobjekt der Feminismus sein kann. Während sich Frauenforschung vornehmlich mit Frauen auseinandersetzt, erforscht die Genderforschung, was Identität und Geschlecht ausmacht. Allerdings wird derzeit zwischen Vertreterinnen der Genderforschung und Feministinnen erbittert über den Sinn der Gender-Studies gestritten.

Nach Ansicht des Genderforschers Stefan Hirschauer sind Gender-Studies „eine Wissenschaft von der Geschlechterunterscheidung, die mit den Naturwissenschaften um die Beantwortung der Frage konkurriert, was das Geschlecht überhaupt ist: eine natürliche Tatsache unserer Organ- und Zellstrukturen oder eine sinnhafte und historische Praxis, die in unsere Körper eingelassen ist“ (Hirschauer, 2014, S. 880). Was Gender-Studies mit den Naturwissenschaften teilt, ist die Suche nach den Grundlagen der Zweigeschlechtlichkeit. Während die Naturwissenschaft nach dem genetischen Code sucht, ist es für die Gender-Studies die Suche nach dem kulturellen Code. Das Forschungsinteresse liegt darin herauszufinden, welche Rolle die Kategorie Geschlecht in einer Gesellschaft spielt, wie die Gesellschaft „Geschlechter“ unterscheidet und wie sie daraus Ordnungs- und Strukturmuster gewinnt. „In einem engen und präzisen Sinn bezeichnet Gender-Studies die kulturwissenschaftliche Forschung zur Geschlechterdifferenzierung“ (Hirschauer, 2014, S. 880). Allerdings vermisst Stefan Hirschauer die notwendige wissenschaftliche Distanz der Forschenden zu ihrem Forschungsfeld. Daraus hat sich seiner Einschätzung nach eine „Wagenburgmentalität“ entwickelt, „die sich vor der Komplexität der Welt verriegelt, statt dieser analytisch gerecht zu werden“ (Hirschauer, 2014, S. 880).

Genderforschung ist in Deutschland kein exotisches Randgebiet. Seit dem Jahr 2000 hat sie im deutschen Sprachraum mit Handbüchern, Lexika und Einführungen zu Gender-Studies eine rasante Entwicklung genommen. Zwar sind nur 0,5 Prozent der Professuren für Gender-Studies zuständig, doch verbergen sich dahinter nach einer Erhebung des Deutschen Hochschulverbandes 146 Genderprofessuren an Universitäten und 50 Genderprofessuren an Fachhochschulen, mehr Professuren als in Altphilologie (vgl. Deutscher Hochschulverband, 2014, S. 890). Auf genderbezogene Forschungsaufwendungen entfällt ein Anteil von 0,24 Prozent am Forschungsetat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

5. Gender-Kritik und kontroverse Debatten

Der Begriff „Gender“ provoziert. Kaum ein Begriff zieht so viele negative Emotionen auf sich. In sozialen Netzwerken, Feuilletons und Talkshows begegnen Genderforscherinnen einer Flut von Ablehnung, Ängsten bis hin zu persönlichen Anfeindungen, die sogar in einer kleinen Anfrage im Sommer 2017 im Bundestag zur Sprache kamen. Die Geschlechterdebatte ist zur Kampfzone geworden. Es geht um mehr als nur persönliche Befindlichkeiten. Es geht um Macht und Deutungshoheit und um das Verhältnis der Mehrheit zu einer Gruppe von Lesben, Schwulen, Transgender, Intersexuellen und Queers, die die Grundsatzfrage sexueller Identität aufwerfen.

Die Liste der Kritik an der Genderdebatte ist lang. Mit Gender verbinden viele Kritiker/innen eine Abkehr von der Naturwissenschaft oder auch einen Angriff auf christliche Werte sowie die Abschaffung des Weiblichen oder Männlichen. Der Begriff „Gender“ diene nicht nur der Aufhebung der Geschlechterpolarität, sondern auch der Relativierung des Geschlechts selbst. Es geht dabei um die Grundsatzfrage, wie weit sich ein Mensch ermächtigen darf, sich selber zu dem zu machen, was er sein will, ein Mann oder eine Frau oder etwas dazwischen. Und es geht um die gesellschaftlichen Folgen, wenn das Geschlecht „von einer Frage des Schicksals zu einer Frage der Wahl wird“ (Ribi, NZZ, 2017, S. 14). Schließlich entzündet sich Kritik auch am Selbstverständnis der Genderforschung als einer Wissenschaft, in der viele Kritiker/innen eine Ideologie sehen.

Viele Menschen haben keine genauen Vorstellungen, was unter Gender verstanden wird. Dies hängt auch mit der häufigen ideologischen Bezugnahme auf diese Thematik zusammen, die nicht selten als dogmatisch empfunden wird. Vielfach werden die Debatten als elitäre akademische Debatten mit großer Realitätsferne wahrgenommen. Hinzu kommt der erbitterte Streit zwischen Feministinnen (z. B. Alice Schwarzer) und universitären Genderforscherinnen (z. B. Judith Butler). Beide werfen einander nicht nur reaktionäre

Positionen vor. Vielmehr geht es um Anspruch auf Moral und Menschenrechte, die die Feministinnen wie Alice Schwarzer in den kulturellrelativistischen Ansätzen von Judith Butler nicht mehr gewahrt sehen.

Ein weiterer grundlegender Kritikpunkt ist das unausgewogene Verhältnis von Problemen der Mehrheit in Bezug auf die Probleme der Minderheiten. Damit verbunden ist auch das Unbehagen, dass die Mehrheit als solche nur noch als eine Ansammlung von Minderheiten verstanden wird, wie es manche Queerforscher/innen behaupten. Auch wird die große Bedeutung, die kulturelle Entwicklungen im Vergleich zu den sozialen Problemen heute erfahren, kritisch gesehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Genderdebatte ein Bestandteil der Political Correctness ist. Ihr Ausgangspunkt war es, ethnische und religiöse Minderheiten nicht auszugrenzen und Diskriminierung zu vermeiden. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren eine Emanzipationswelle, die erst durch die USA und dann durch Europa zog. In dieser Emanzipationswelle entstand nicht nur eine neue Kultur gegen Rassismus, sondern auch eine Debatte über Geschlechteridentitäten. Begleitet wird diese Debatte von einem vielfach kritisierten „Sprachterror“. Um alle Menschen gleichermaßen anzusprechen, wurde Sprache in den letzten Jahren verändert. Einige Begriffe wie z.B. „Neger“ wurden als politisch unkorrekt aus dem Sprachwortschatz genommen und aus Kinderbüchern gestrichen. Eine andere Entwicklung ist der Versuch der Neutralisierung der Sprache. So wurde beispielsweise der Begriff „Studenten“ durch „Studierende“ ersetzt. Die Humboldt-Universität geht noch einen Schritt weiter und diskutiert über die Einführung des Begriffes „Studentx“. Das x bedeutet den kompletten Verzicht auf eine Geschlechterzuweisung. Alternativen im Schriftlichen bietet das Gendersternchen (Bürger*innen) oder Unterstriche (Leser_innen).

6. Geschlechterindifferenz als Folge?

In der breiten öffentlichen Diskussion spiegelt sich die Genderdebatte nicht nur in der aktuellen Sexismusdebatte, sondern auch in der Öffnung der Ehe für Homosexuelle durch den Gesetzgeber wider. Verliert die Homosexualität damit ihren Sonderstatus, wie es der Genderforscher Stefan Hirschauer annimmt? Seiner Ansicht nach nimmt die Bedeutung des Geschlechts gesellschaftlich ab. Der Lebensstil Homosexueller erfährt für ihn keine existenzielle Ausgrenzung mehr, sondern stehe in seiner Bedeutung gleichwertig neben dem Lebensstil Heterosexueller. Damit verliert die Homosexualität seiner Erkenntnis nach an gesellschaftlicher Bedeutung und wird in sozialen Feldern unerheblich. Eine wachsende Geschlechterindifferenz stellt Hirschauer ebenso im Privatleben fest. „Was einmal per Geschlecht festgelegt war, ist in den meisten Paarbeziehungen zum Gegenstand individueller Aushandlungen geworden“ (Hirschauer, FAZ, 9.11.2017, S. 9). Allerdings sind hier Zweifel angebracht. Aktuelle Studien zeigen, dass die Aufteilung im Haushalt nach wie

vor überwiegend nach traditionellen Geschlechtervorstellungen erfolgt. Bei einem großen Teil junger Menschen sind sogar gegenläufige Trends erkennbar. In den sozialen Medien und Castingshows verläuft die Selbstvermarktung junger Frauen der Generation „Selfie“ über ihr attraktives Aussehen und ihren Körper. Das ist auch ein Thema der aktuellen #MeToo Debatte. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei jungen Männern im Fitness-Studio beobachten. Männlichkeit wird über einen optimierten Körper definiert. Auch verteidigen andere Kulturen traditionelle Geschlechterpolaritäten und lassen keine Öffnung der Geschlechteridentitäten zu. Die Verschleierung der Frau gehört dazu.

Trotz dieser widersprüchlichen Entwicklungen sieht die Genderforschung einen Bedeutungsverlust der Geschlechtszugehörigkeit. Daher lehnt sie eine routinemäßige Abfrage der Geschlechtszugehörigkeit in behördlichen Vorgängen ab, da es sich aus ihrer Sicht nicht um ein Naturgesetz handelt. Sie vergleicht Geschlecht mit den Kategorien Konfession und Hautfarbe. Diese Kategorien sind ihrer Ansicht nach seit Verpönung des Rassedenkens auf dem Weg zu einer „gesellschaftlich akzeptierten Tatsache“. Konfessionslosigkeit sei eine in der europäischen Säkularisierung längst durchgesetzte Option (Hirschauer, 2017, S. 9). Angesichts dieser Entwicklung ist die dritte Geschlechtsoption aus Sicht der Genderforschung eine „kulturell schon lange naheliegende Korrektur, mit der das Recht eine gesellschaftliche Entwicklung nachvollzieht, die in den individualisierenden Strukturen der modernen Gesellschaft tief angelegt ist“ (Hirschauer, 2017, S. 9).

Bereits 2012 hat der Deutsche Ethikrat eine Stellungnahme zur Intersexualität abgegeben, konkrete Gesetze vorgeschlagen und einen effektiveren Diskriminierungsschutz gefordert. Worum geht es in der Auseinandersetzung um das dritte Geschlecht? Es geht um die Anerkennung und Akzeptanz von Menschen, die sich nicht eindeutig zu den Kategorien Mann und Frau zugehörig fühlen und nach Auffassung der Genderforschung durch Entscheidungszwang der bestehenden Ordnung ausgesetzt sind. „Eingeklagt wird das Recht, sich nicht mehr auf ein Geschlecht festlegen zu müssen und am allerwenigsten auf das (Geschlecht) mit dem man geboren wurde.“ (Ribi, NZZ, 2017, S. 14). Das dritte Geschlecht umfasst sowohl Menschen, die genetisch weder eindeutig weibliche noch eindeutig männliche Geschlechtsmerkmale zeigen, als auch Menschen, die sich emotional weder weiblich noch männlich fühlen, obwohl sie genetisch klare Geschlechtsmerkmale tragen. Diesen Menschen geht es um einen „Diskretionsraum“, in dem sie keine Auskunft über ihre persönliche Geschlechtsidentität geben müssen, „weil sie der Meinung sind, dass diese den Staat genauso wenig angehe wie ihre religiösen Überzeugungen oder weltanschaulichen Ansichten“ (Hirschauer, 2017, S. 9). Damit soll das Grundrecht auf Selbstbestimmung stärker respektiert werden. Nach Ansicht der Bundesverfassungsrichter verletzt die traditionelle Einteilung der Personenstandsregister in Mann und Frau die Persönlichkeitsrechte

der schätzungsweise 80.000 bis 160.000 Menschen, die ohne eindeutiges biologisches Geschlecht geboren wurden. Sie hätten ein Anrecht auf einen eigenen „positiven Geschlechtseintrag“.

Der Deutsche Bundestag wird im Jahr 2018 zu entscheiden haben, wie er den Beschluss aus Karlsruhe umsetzt: Ob er im Personenstandsrecht eine eigene positive Kategorie für intersexuelle Personen schafft oder ob er auf eine amtliche Geschlechterregistrierung verzichtet. Bereits am 1. November 2013 wurde das sogenannte Personenstandsgesetz geändert. Danach muss für Kinder mit uneindeutigen Geschlechtsorganen kein Geschlecht mehr im Geburtenregister eingetragen werden. Ein drittes Geschlecht wird damit nicht anerkannt und auch nicht im Personalausweis eingetragen. Die Logik des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes basiert auf einer Zwangslage, wonach „das Personenstandsrecht dazu zwingt, das Geschlecht zu registrieren, aber keinen anderen positiven Geschlechtseintrag als weiblich oder männlich zulässt.“ (Geyer, FAZ, 1.12.17, Nr. 279, S. 11).

7. Gesellschaftspolitische Folgen

Konkrete gesellschaftliche Folgen haben sich bereits in der Diskussion um Unisextoiletten in Berlin gezeigt. Dies wird von Seiten der Verwaltung als ein konkreter Schritt gesehen, Diskriminierung zu vermeiden. Die lange Zeit vornehmlich in akademischen Zirkeln laufenden Genderdebatten haben mittlerweile konkrete gesellschaftspolitische Auswirkungen auf Lehrpläne in Schulen (KMK 2016), auf Sprache in Wort und Text, auf die Gestaltung der Alltagswelt (z.B. Unisextoiletten) bis hin zur Gesetzgebung (Ehe für alle) und Rechtsprechung (z.B. Intersexualität) und erreicht eine öffentliche Diskussion über eine genderneutrale Fassung der deutschen Nationalhymne.

Auf viele Fragen hat die Gesellschaft noch keine Antworten: Wie häufig können sich Intersexuelle für ein anderes Geschlecht entscheiden? Bis zu welchem Alter des Kindes können Eltern deren Geschlecht wählen? Welche Zustimmungen sind zukünftig für die Operationen notwendig, die das Geschlecht des Kindes für immer festlegen? Ganz abgesehen von dem hilflosen Umgang mit der Sprache und der Anrede. Welches Personalpronomen benennt Intersexuelle? Werden Vornamen zukünftig nicht mehr an das Geschlecht gebunden, wie es die queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus erwartet? Wie wird die Anrede Herr/Frau zukünftig in Amtstexten sein?

8. Politische Folgen: Identitätspolitik in den USA

Die Bevölkerung in Deutschland ist, wie in vielen anderen westlichen Gesellschaften, heute bunter denn je. Die Vielfalt hinsichtlich religiöser, ethnischer oder geschlechtlicher Identität bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Politik und stellt sie vor neue Herausforderungen. Die aus Amerika importierte Identitätspolitik hat ihren Ursprung in der Antidiskriminierungsbewegung. Daraus erwachsen viele positive Resultate wie z.B. die Affirmative Action (Maßnahmen, die Diskriminierungen korrigieren, kompensieren und in Zukunft verhindern sollen). Allerdings hat das Bestreben, gesellschaftlich marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben, nach Ansicht ihrer Kritiker zu einer „narzisstischen Blindheit gegenüber den Lebensrealitäten außerhalb ihrer eigenen Gruppe“ geführt (Lilla, NZZ, 11.2016).

„Identity Politics“ ist in den USA inzwischen zu einem Kampfbegriff geworden. Politische Mobilisierung erfolgt nicht durch eine Partei, eine Ideologie oder wirtschaftliche Interessen, sondern durch Merkmale der eigenen Identität wie Hautfarbe, Geschlecht oder Sexualität. Die Weltsicht der Vertreter der Identitätspolitik geht von der Überzeugung aus, dass jeder nur aus seiner eigenen, individuellen Perspektive sprechen kann. Dieses identitätsorientierte Denken bestimmt die Ausrichtung der amerikanischen Linken der letzten Jahre und Jahrzehnte. Auch wenn sich die Denkströmung als direkter Nachkomme der Aktivisten der sozialen Bewegung für Frauenrechte oder der Selbstbestimmung für Afroamerikaner der 1960er Jahre versteht, so hat die Identitätspolitik keine linear verlaufende, politisch stringente Entwicklung erfahren. Vielmehr war die erste Bewegung, die sich in Amerika auf Identität berief, der Ku-Klux-Klan, der bis heute existiert. Auch in Europa fand bereits im 18. Jahrhundert in der konservativ romantischen Bewegung eine Politisierung der Identitätsfrage als Reaktion auf die Aufklärung statt. Die Vorstellung unterschiedlicher kultureller Prägungen fand im 19. und frühen 20. Jahrhundert ihren Niederschlag im Diskurs des Nationalismus.

In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts kam mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der damit verbundenen Politisierung der schwarzen Identität wieder die Identitätsfrage, diesmal durch die politische Linke, erneut in die politische Diskussion. Allmählich verschob sich der Fokus vom Klassenkampf auf die Identität; eine Politik, in der Kultur, Image und Repräsentation im Vordergrund standen. Das bedeutete eine Abkehr von gesellschaftlich breit abgestützten Interessen und die Hinwendung zu partikulären Anliegen (vgl. Furedi 2018). In Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern hat sich in den letzten 10 Jahren mit der sogenannten „Identitären Bewegung“ eine völkisch ausgerichtete Gegenbewegung gebildet.

Trotz gegensätzlicher Ausprägungen der Identitätspolitik gibt es eine gemeinsame zugrunde liegende Überzeugung, die die heutige Identitätspolitik bestimmt: Danach können nur diejenigen, die innerhalb der für ihre Identität

prägenden Kultur leben, ein wirkliches Verständnis ihrer Realität haben. Entsprechend kann nur Frauen oder nur Homosexuellen oder nur Transgendern das Recht zugebilligt werden, über die Belange ihrer Gruppe zu sprechen.

- „Das Private ist politisch“?

Wenn die private Identität zum Maßstab des Politischen wird, ist alles Politische nur noch ein Teil der privaten Identität. Mit diesem Ansatz verengt sich nicht nur der Blick für politische Fragen, sondern er lässt auch keine Begründung mehr für eine auf Solidarität ausgerichtete Politik zu. Ein solches Politikverständnis lässt Interesse für politische Fragen nur dort entstehen, wo die eigene Identität berührt ist. So erklären führende Politologen in den USA das schrumpfende Interesse junger linksorientierter Menschen an der Außen- oder auch Umweltpolitik damit, dass diese Themen nichts mit ihrer Selbstdefinition zu tun haben. „Das Private ist politisch“ ist nach Ansicht ihrer Kritiker mittlerweile pervertiert worden, da alles Politische nur Teil der privaten Identität sei. Diese private Identität stützt sich auf eine moralische Autorität, die aus einem Opferstatus resultiert. Ein als ungerecht empfundenenes Gesellschaftssystem, das Minderheiten bzw. bestimmte gesellschaftliche Gruppen benachteiligt, dient als Rechtfertigung für die individuelle Befindlichkeit. Das ursprüngliche politische Anliegen der Genderfrage, die hinter den Identitäten liegenden Machtverhältnisse und Machtstrukturen aufzudecken, ist nur für eine kleine Gruppe der Genderaktivisten von Bedeutung. Diese Machtverhältnisse bleiben zudem nach Ansicht ihrer Kritiker völlig vage. Statt sich für Befreiung und gesellschaftlichen Wandel zu engagieren, fordern politische (linke) Bewegungen heute Respekt und Anerkennung ein, versehen mit dem Anspruch auf Authentizität, Glaubwürdigkeit und Unschuld, so dass die von der betreffenden Gruppe vertretene Sicht auf Realität nur schwer hinterfragt oder diskutiert werden kann (vgl. Furedi 2018).

- Moral statt Politik?

Das zentrale Anliegen der amerikanischen Identitätspolitik sieht Mark Lilla, einer der führenden intellektuellen Kritiker, in der kulturellen Vorherrschaft, wonach „Identitätspolitik nichts anderes ist als amerikanischer Evangelismus, angewendet auf die kulturelle Sphäre“. Lilla bringt es auf den pointierten Nenner: „Sie bekämpfen nicht den Staat – die wollen deine Seele“ (Lilla, Die Zeit, Januar 2018).

Ausgetragen wird ein Kulturkampf um die Zukunft der Nation. Über Jahrhunderte galten Hautfarbe, Religion und Geschlecht als Chiffre für die soziale Stellung in der amerikanischen Gesellschaft. Mit der Globalisierung findet eine Ausdifferenzierung der Gewinner und Verlierer statt. Dies vollzieht sich vor dem Hintergrund einer Konkurrenz um die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Schlüsselpositionen in den USA. Daraus ist eine überwiegend weiße Mittelschicht in den USA, aber auch in anderen westlichen Gesellschaften

entstanden, die sich als abgehängt empfindet. Angesichts des gestiegenen Wettbewerbs entsteht ein Gefühl nicht mehr mithalten zu können und der daraus resultierenden „kulturellen Entwertung“ (vgl. Reckwitz, 2017). Statt neue Antworten auf die Herausforderungen des globalen Kapitalismus zu finden, konzentriert sich die Linke in den USA auf eine Identitätspolitik, die sich auf Kultur und Selbstverwirklichung konzentriert, mit einer Programmatik, die auf immer neue voneinander abgegrenzte Submilieus zielt. Dazu gehört, dass die Begrifflichkeit von LGBTQ*, die lesbisch, schwul, bi – und transsexuell definitorisch umfasst, nicht mehr ausreicht, um die sexuellen Ausprägungen zu erfassen. Das Q für Queer signalisiert mit Sternchen eine weitere Ausprägung wie sapiosexuell oder pangender. Diese Ausdifferenzierungen sind in vielen westlichen Gesellschaften zu beobachten und stoßen in der breiten Mitte der Gesellschaft auf Unverständnis.

Vielfalt ist nur dann eine gesellschaftliche Stärke, wenn sie zu einer Akzeptanz in der Gemeinschaft führt. Wenn sie zur Zersplitterung einzelner abgegrenzter Identitäten beiträgt, verliert sie jede Bindungskraft. Das politische Problem der Identitätspolitik besteht nicht nur in der unübersichtlichen Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten, sondern auch in dem Absolutismus dieses Politikansatzes, der die unterschiedlichen Anliegen in Konkurrenz setzt und moralisch führt. Wie der Wahlkampf von Hillary Clinton gezeigt hat, ist die Identitätspolitik eine Metropolen- und Elitediskussion, die wichtige Teile der Gesellschaft ausschließt. Was als Idee Minderheiten gleich zu behandeln, begann, hat letztendlich zu einer zunehmenden politischen Exklusion geführt. Vor allem populistische Parteien haben darauf reagiert, indem sie ein neues Kollektiv- und Solidaritätsgefühl in Abgrenzung zu anderen Gruppen erzeugen. Mark Lilla sieht in der Identitätspolitik weniger eine Politik als vielmehr eine Bewegung, der es weniger um die Veränderung der Machtverhältnisse geht als um Anerkennung der Minderheiten. Nicht die Veränderung der Machtverhältnisse ist seiner Ansicht nach deren Ziel, sondern das sich Erschöpfen in ihrer Expressivität, indem sie jedem eine Stimme gibt. Wer aber die Verhältnisse im Sinne der Minderheiten verändern will, sollte nicht Demonstrationen, sondern – so Mark Lilla – politische Mehrheiten organisieren.

Angesichts dieser zunehmenden Individualisierung und Unverbindlichkeit fordert Mark Lilla ein Ende der identitätspolitischen Ausrichtung der amerikanischen Linken. Wenn man in Amerika Gruppen anspricht, sollte man alle ansprechen. Wenn man nicht alle anspricht, werden Nichtangesprochene es merken und sich ausgegrenzt fühlen. Eine gesunde nationale Politik befasst sich nicht mit „Differenzen“, sondern mit Gemeinschaftlichkeit. Und tonangebend ist, wer die Vorstellungen am besten zu fassen weiß, welche die Amerikaner von ihrer gemeinsamen Zukunft hegen“. (Lilla, Blätter für die deutsche und internationale Politik 1/2107). Daher plädiert Lilla für die Rückkehr der Politik: Über institutionelle Macht verfügen, Gesetze erlassen und Gesetze durchsetzen, um damit jede Minderheiten zu schützen, um die man sich sorgt. „Identitätspolitik hat eher mit Ausdrucks- als mit Überzeugungskraft

zu tun. Darum sind mit ihr keine Wahlen zu gewinnen – nur zu verlieren“. (Lilla, Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017, S. 50).

9. Ausblick

In Deutschland hat die Genderdebatte die wissenschaftlichen Zirkel mittlerweile verlassen. In der Sexismusdebatte ist sie im Übermalen des Gedichtes von Eugen Gomringer an der Hauptfassade der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin zutage getreten. Sexuelle Belästigung, die in dem Gedicht gesehen wird, ist das Thema der #MeToo-Bewegung, die sich in Deutschland bisher vor allem auf die Filmbranche konzentriert. Die große Mehrheit der Bevölkerung nimmt diese #MeToo-Debatte zur Kenntnis, bleibt von der Genderdebatte an sich aber weitgehend unberührt. Erst durch die konkrete Umsetzung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht und der zunehmenden konkreten Ausgestaltung des Alltags, zum Beispiel der „Toilettenfrage“ und dem Bestreben die Genderfrage auch in Kitas und Schulen zu thematisieren, wird sie mit dem Thema konfrontiert und steht diesen immer vielfältiger werdenden Umsetzungen in Sprache, Schrift und Aktionen irritiert gegenüber. So steht eine breite gesellschaftliche Gruppe zwischen einer zunehmenden individualisierten Geschlechterindifferenz, die von der Genderforschung getragen wird, und einer starken Geschlechterpolarität wie sie im Selbstverständnis kollektiver Identität von anderen vornehmlich muslimischen Kulturen im Alltag gelebt und eingefordert wird. Die zum Teil heftige Debatte in deutschen Kommunen über einen trennenden Vorhang in öffentlichen Schwimmbädern für muslimische Frauen mit eigenem muslimischem Badepersonal ist nur ein Beispiel dieser Irritation.

Mit der kulturellen Öffnung der Lebensformen wie sie in der Pluralisierung der Geschlechterformen zum Ausdruck kommt, ist allerdings kein Aufstiegsversprechen mehr verbunden. Die finanziellen Interventionen des Sozialstaates oder bessere Bildungsmöglichkeiten lösen weite Teile der Diskriminierungsempfindungen nicht auf. Während sich Klassengegensätze über Umverteilungen entschärfen, ist dem individuellen Diskriminierungsempfinden nur individuell zu begegnen. Eine Identitätspolitik vermag die immer vielfältiger werdenden Ausdifferenzierungen in ihrem individuellen Anspruch nicht zu lösen. Gerade in einer immer globalisierter werdenden Gesellschaft ist das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Traditionen und Überzeugungen nicht anders als durch einen starken Rechtsstaat zu organisieren, der allem einen gemeinsamen Rahmen gibt. Dieser gemeinsame Rahmen muss ergänzt werden durch die Rolle, die die Gemeinschaft und die Kultur in einer modernen Gesellschaft spielen. Daher stellt sich die Frage nach dem Umgang von Mehrheiten und Minderheiten in einer offenen, toleranten Gesellschaft neu. Um zu verhindern, dass populistische Parteien und Bewegungen die Fragen der Identität zum Anlass für eine nationalistische bis rassistische Aus-

richtung der Politik übernehmen, muss sich die Politik im demokratischen Spektrum die Frage stellen, wie sie die Errungenschaften der kulturellen und wirtschaftlichen Öffnung - von den Emanzipationsgewinnen bis zur innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik - fortentwickelt und zugleich das Soziale und das Kulturelle stärker reguliert und unter die Imperative des Gemeinwohls stellt (vgl. Reckwitz, DIE ZEIT, 2018, S.44). Dazu ist ein kultureller Diskurs notwendig, der breite Teile der Gesellschaft erfasst und mitnimmt. Das wird der Auftrag für die Zukunft einer offenen, toleranten Gesellschaft sein.

Literatur

Braun, Christina von/ Stephan, Inge: Gender-Studies. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar, 2000.

Bundesverfassungsgericht: Beschluss des 1. Senats vom 10. Oktober 2017 – 1 BvR 2019/16- Rn. (1-69).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Geschlechtervielfalt im Recht, Berlin, 2017.

Butler, Judith/Hark, Sabine: Die Verleumdung, in: DIE ZEIT, 3. August 2017, Nr. 32, S. 39.

Deutscher Ethikrat: Stellungnahme „Intersexualität“, Februar 2012.

Deutsches Institut für Menschenrechte: Regelungsbedarf zur Stärkung und zum Schutz der Rechte intergeschlechtlicher Kinder, öffentl. Expertengespräch „Intersexualität“ der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 31. Mai 2017.

Deutscher Hochschulverband: Genderprofessuren, in: Lehre und Forschung 21, 2014, S. 890.

Frey-Steffen, Therese: Gender, Stuttgart, 2017.

Furedi, Frank: Identitätspolitik: Solidarität war gestern, in: NZZ, 5.1.2018, S. 35

Geyer, Christian: Nicht aktenkundig – Das Geschlecht muss keine Staatsan gelegenheit sein, in: FAZ, 1.12.17, Nr. 279, S. 11.

Heimbach-Steins, Marianne: Die Gender-Debatte - Herausforderungen für Theologie und Kirche, Köln, 2015 (Kirche und Gesellschaft).

Hirschauer, Stefan: Wozu Gender-Studies? Forschung und Lehre 21, 2014, S. 880-882.

Hirschauer, Stefan: Im Zwischenraum der Geschlechter, in: FAZ, 10. November 2017, Nr. 261, S. 9.

Kultusministerkonferenz: Leitlinien zur Sicherung der Chancengleichheit durch geschlechtersensible schulische Bildung und Erziehung, Beschluss der KMK vom 6.10.2016.

Lilla, Mark: Die wollen deine Seele, Interview mit Lars Weisbrod, in: DIE ZEIT Nr. 03/2018.

Lilla, Mark: Das Scheitern der Identitätspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/2017, S. 48 - S. 52.

Oehmke, Philipp: Politik des Narzissmus, Die Krise der amerikanischen Linken, in: DER SPIEGEL v. 13. Januar 2018, S. 20 ff.

Patsy l'Amour la love (Hrsg.): Beißreflexe – Kritik an queerem Aktionismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin, 2017.

Ribi, Thomas: Willkommen in der Kampfzone, in: NZZ, 25. November 2017, S. 14.

Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin, 2017.

Reckwitz, Andreas: Das Band zerreißt, in: DIE ZEIT, 22. Februar 2018, Nr.9, S.43-S.44.

Schöbler, Franziska: Einführung in die Gender-Studies, Berlin, 2008.

Schwarzer, Alice: Der Rufmord, in: DIE ZEIT, 10. August 2017, Nr. 33, S. 37.

Stark, Holger: Wohliger Schauer der Arroganz, in: DIE ZEIT Nr. 53 v. 20.12.2017, S. 50 f.